Haushaltskonsolidierungskonzept 2020

Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushalt 2020

1. Umsetzung der bisherigen Maßnahmen

Hier können im Vergleich zur Haushaltskonsolidierung 2020, die mit dem Haushaltsplan 2020 beschlossen wurde, keine ergänzenden Aussagen getroffen werden.

2. Maßnahmen für das Haushaltsjahr 2020 ff.

- Produktgruppe 1.1.1 Wirtschaftshof

Durch die Kooperationsvereinbarung zwischen den Bauhöfen der Gemeinden Ahlsdorf und Hergisdorf sollen weiterhin Kosteneinsparungen bzw. Optimierung der vorhandenen Kräfte erreicht werden. Neuanschaffungen werden zusammen getätigt und aufeinander abgestimmt. Das gleiche gilt für evtl. Kosten für Kommunalmieten.

- Produktgruppe 5.5.3 Reduzierung Friedhofskosten

Die Neukalkulation wurde in 2019 in Auftrag gegeben, kann aber erst in 2020 umgesetzt und ggf. inform einer neuen Satzung beschlossen werden. Erste Mehreinzahlungen sind ab 2021 ersichtlich.

- Produktgruppe 5.7.3 Kommunale Einrichtungen

Auftrag des Gebäudemanagements ist die gezielte Überprüfung und Überwachung der Bewirtschaftungskosten, sodass in diesem Bereich unnötige Mehrausgaben vermieden werden können.

- Produktgruppe 6.1.2 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Durch die Teilnahme an Stark II werden langfristige Kredite durch Tilgungszuschüsse und zinsgünstige Darlehen über einen Zeitraum von 10 Jahren ab dem Haushaltsjahr 2011 abgebaut. Bereits im Haushaltsjahr 2019 sind weniger als 1/3 der Zinsen des Jahres 2015 zu bezahlen. Ab dem Haushaltsjahr 2026 sind alle Kredite vollständig getilgt.

- Produktgruppe 6.1.1 Erhöhung der Steuersätze

Im Haushaltsjahr 2021 soll die Überarbeitung der Hundesteuersatzung erfolgen. Die Steuerbeträge für die Hunde und auch die Befreiungsvorschriften sollen dabei angepasst werden.

3. Ausblick

Insgesamt führen die vorliegenden Maßnahmen dennoch nicht zu einem schrittweisen Rückgang des Defizits. Die Teilnahme an Stark II trägt lediglich ab dem Haushaltsjahr 2026 zu einer Entlastung des Ergebnis- und auch des Finanzplanes bei.

Dennoch bleibt im Ergebnishaushalt ein strukturelles Defizit bestehen. Die Zuweisungen des Landes können nicht den erforderlichen Aufwand decken und das entstandene Defizit kann nicht durch die Konsolidierungsmaßnahmen kompensiert werden.

Die Gemeinde wird aufgrund der im Landesvergleich unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen (trotz Angleichung der Steuersätze an den Landesdurchschnitt) auf zusätzliche Unterstützung des Landes angewiesen sein.

Der Gemeinderat hat mit diesen Maßnahmen die Konsolidierungsmöglichkeiten ausgeschöpft und kann z. Zt. keine weiteren Möglichkeiten zur Ertragssteigerung bzw. Aufwandssenkung erkennen.